

beck-shop.de

Handbuch der EU-Gruppen- freistellungsverordnungen

Herausgegeben von

Dr. Christoph Liebscher

Rechtsanwalt in Wien

Prof. Dr. Eckhard Flohr

Rechtsanwalt in Düsseldorf/Kitzbüchel

Dr. Dr. Alexander Petsche

Rechtsanwalt in Wien

Bearbeitet von

Dr. Rosemarie Aigner, Rechtsanwältin in Kitzbühel; *Dr. Günter Bauer*, Rechtsanwalt in Wien; *Dr. Andreas Boos*, Rechtsanwalt in München; *Prof. Dr. Eckhard Flohr*, Rechtsanwalt in Düsseldorf/Kitzbüchel; *Ole Hinrichs*, Rechtsanwalt in Düsseldorf; *Marc Lager*, Rechtsanwalt in Wien; *Nina Laskey*, Rechtsanwältin in Düsseldorf; *Scharareh Mansouri*, Rechtsanwältin in Düsseldorf; *Prof. Dr. Karsten Metzloff*, Rechtsanwalt in Berlin; *Dr. Dr. Alexander Petsche*, Rechtsanwalt in Wien; *Dr. Amelie Pohl*, Rechtsanwältin in Kitzbühel; *Dr. Alexander Rinne*, Rechtsanwalt in München; *Dr. Gerhard Saria*, Ass.-Prof. an der Universität Wien; *Prof. Dr. Martin Schauer*, Univ.-Professor an der Universität Wien; *Christoph Schlenger*, Rechtsanwalt in Düsseldorf; *Dr. Florian Schuhmacher*, Priv.-Doz. an der Universität Wien; *Albrecht Schulz*, Rechtsanwalt in Stuttgart; *Dr. Daniela Seeliger*, Rechtsanwältin in Düsseldorf; *Andreas Traugott*, Rechtsanwalt in Wien

2. Auflage



Verlag C. H. Beck München

Manz'sche Verlags- und Universitätsbuchhandlung Wien

2012

Vorwort

Neun Jahre sind seit dem Erscheinen der 1. Auflage des Handbuchs der EU-Gruppenfreistellungsverordnungen im Jahre 2003 vergangen. Diese neun Jahre haben gezeigt, dass die seinerzeitige Entscheidung, ein Handbuch der EU-Gruppenfreistellungsverordnungen herauszugeben, richtig war. Kaum ein Rechtsgebiet hat sich in den letzten Jahren so weiter entwickelt, wie das **Europäische Kartellrecht**. Dieses greift heute noch stärker als 2003 in die Vertragsgestaltung ein, so dass die 2. Auflage als Orientierungshilfe für die beratende und vertragsgestaltende Praxis willkommener denn je ist.

Die Neuauflage des Handbuchs der EU-Gruppenfreistellungsverordnungen behandelt – wie bisher – die wichtigsten Bereiche des Europäischen Wettbewerbsrechts, wobei die einschlägigen Texte systematisch aufbereitet und erläutert werden. Die 2. Auflage berücksichtigt die neuen EU-Gruppenfreistellungsverordnungen zu Vertikalen Vereinbarungen (VO (EU) Nr. 330/2010), zum KFZ-Vertrieb (VO (EU) Nr. 267/2010), zu Spezialisierungsvereinbarungen (VO (EU) Nr. 1218/2010) und zu Forschung und Entwicklung (VO (EU) Nr. 1217/2010), einschließlich der jeweils zu den Gruppenfreistellungsverordnungen ergangenen neuen Guidelines (Leitlinien). Gleichzeitig wurde das Buch aber auch neu systematisiert, in dem die Bußgeldrichtlinien, die Zulieferbekanntmachung und die Leitlinien über die horizontale Zusammenarbeit jeweils in einem eigenen Kapitel dargestellt werden. Gerade für die Leitlinien zur horizontalen Zusammenarbeit war eine solche gesonderte Darstellung notwendig, da in der Beratungspraxis mehr und mehr die horizontale Zusammenarbeit zwischen rechtlich selbständigen Unternehmen an Bedeutung gewinnt. Dies zeigt beispielhaft für den Bereich des deutschen Kartellrechts auch die Handreichung des Bundeskartellamtes vom 13. April 2010 zur vorläufigen Bewertung von Verhaltensweisen in Verhandlungen zwischen Herstellern von Markenartikeln, Großhändlern und Einzelhandelsunternehmen zum Zwecke der Konkretisierung der Kooperationspflichten.

Bestandteil der Neuauflage ist nach wie vor auch die Darstellung zu der schon längst nicht mehr gültigen EU-Gruppenfreistellungsverordnung für Franchise-Vereinbarungen. Diese Gruppenfreistellungsverordnung hat immer noch grundsätzliche Bedeutung sowohl für die Beratung als auch die Vertragsgestaltung im Franchise-Recht und dient weiterhin als Nachschlagewerk zu grundsätzlichen franchiserechtlichen Fragestellungen und deren Entwicklung im Europäischen Kartellrecht.

Diese 2. Auflage hätte ohne tatkräftige Unterstützung durch den Verlag nicht entstehen können. Insofern haben wir insbesondere Frau RAin Barbara Stadler, aber auch Herrn RA Dr. Thomas Schäfer, die sich unermüdlich im Verlag für die 2. Auflage eingesetzt haben, ganz herzlich zu danken. Der Dank geht aber auch an Frau RAin Dr. Amelie Pohl für die Aktualisierung der Internetadressen und Frau RAin Dr. Rosemarie Aigner für die umfassende Überarbeitung des Entscheidungsregisters, des Glossars und des Stichwortverzeichnisses.

Düsseldorf/Kitzbüchel/Wien im Februar 2012
Die Herausgeber

Inhaltsübersicht

Vorwort	V
Inhaltsverzeichnis	IX
Verzeichnis der Bearbeiter	XVII
Abkürzungsverzeichnis	XIX

1. Teil. Gruppenfreistellung nach EU-Kartellrecht

§ 1	Rechtliche Grundlagen des EU-Wettbewerbsrechts und der Gruppenfreistellungsverordnungen	1
§ 2	Die Gruppenfreistellung	55
§ 3	Das Verhältnis der Gruppenfreistellungsverordnungen zueinander	85
§ 4	Das Verhältnis der Gruppenfreistellungsverordnungen zu Art. 102 AEUV und zur EU-Fusionskontrolle	113
§ 5	Das Verhältnis der EU-Gruppenfreistellungsverordnungen zum nationalen Kartellrecht	137
§ 6	Das Verhältnis der Kommission zu den nationalen Kartellbehörden	153

2. Teil. Die einzelnen Gruppenfreistellungsverordnungen

§ 7	Vertikale Vereinbarungen (Verordnung (EU) Nr. 330/2010)	163
§ 8	Selektiver Vertrieb (Verordnung (EU) Nr. 330/2010)	233
§ 9	Spezialisierungsvereinbarungen (Verordnung (EU) Nr. 1218/2010)	267
§ 10	Forschung und Entwicklung (Verordnung (EU) Nr. 1217/2010)	313
§ 11	Vereinbarungen, Beschlüsse und abgestimmte Verhaltensweisen im Versicherungssektor (Verordnung (EG) Nr. 1534/1991 und Verordnung (EU) Nr. 267/2010)	335
§ 12	Technologietransfer (Verordnung (EG) Nr. 772/2004)	372
§ 13	Kfz-Vertrieb (Verordnung (EG) Nr. 1400/2002 und Verordnung (EU) Nr. 461/2010)	420

3. Teil. Sonstige kartellrechtliche Regelungen

§ 14	Franchise-Vereinbarungen (Verordnung (EWG) Nr. 4087/88)	463
§ 15	Leitlinien über horizontale Zusammenarbeit	530

4. Teil. Bekanntmachungen

§ 16	Bagatellbekanntmachung	565
§ 17	Bekanntmachung über die Definition des relevanten Marktes	575

Inhaltsübersicht

§ 18	Bußgeldleitlinien	585
§ 19	Zulieferbekanntmachung	590

5. Teil. Verfahrensrecht

§ 20	Die Verordnung (EG) Nr. 1/2003	595
Anhang 1	Entscheidungsregister	603
Anhang 2	Glossar	619
Anhang 3	Wichtige Internet-Adressen	621
Sachverzeichnis	623

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Verzeichnis der Bearbeiter	XIX
Abkürzungsverzeichnis	XXI

1. Teil. Gruppenfreistellung nach EU-Kartellrecht..... 1

§ 1 Rechtliche Grundlagen des EU-Wettbewerbsrechts und der Gruppenfreistellungsverordnungen	1
A. Zu den mit diesem Kapitel verfolgten Zielen	5
B. Die rechtlichen Grundlagen des EU-Wettbewerbsrechts	6
I. Das System des unverfälschten Wettbewerbs innerhalb des Binnenmarkts	6
II. Grundsätzliches zu den Art. 101 ff. AEUV	7
C. Die wesentlichen Inhalte des Art. 101 AEUV	28
I. Der Anwendungsbereich des Art. 101 AEUV und der Gruppenfreistellungsverordnungen	28
II. Tatbestand und Rechtsfolgen des Art. 101 AEUV	33
D. Ausnahmen vom Verbotsprinzip	38
I. Ausnahmen auf Grund von Anwendungsbereich und Tatbestand	38
II. Die Freistellung vom Kartellverbot	39
E. Grundsätzliches zu den Gruppenfreistellungsverordnungen	44
I. Rechtsnatur, Zweck und Funktion der Gruppenfreistellungsverordnungen	44
II. Zur Auslegung von Gruppenfreistellungsverordnungen	47
§ 2 Die Gruppenfreistellung	55
A. Rechtsnatur und Regelungswerk	59
I. Rechtsnatur	59
II. Regelungswerk	60
B. Ermächtigungsverordnungen	61
C. Gruppenfreistellungsverordnungen im Verhältnis zueinander	63
D. Überblick über Gruppenfreistellungsverordnungen	65
I. Gruppenfreistellung für vertikale Vertriebsbindungen	65
II. Gruppenfreistellungsverordnung für Franchise-Vereinbarungen	68
III. Gruppenfreistellungsvereinbarung für Spezialisierungsvereinbarungen	69
IV. Gruppenfreistellungsvereinbarung für Forschung und Entwicklung	71
V. Gruppenfreistellungsverordnung für Verhaltensweisen im Bereich Versicherungswirtschaft	73

VI.	Gruppenfreistellungsvereinbarung für Technologie-Transfer-Vereinbarungen	75
VII.	Die Gruppenfreistellungsverordnung für Kfz-Händler (Kfz-GVO)	77
E.	Zukünftige Entwicklungen	80
§3	Das Verhältnis der Gruppenfreistellungsverordnungen zueinander.	85
A.	Grundsätzliches zum Verhältnis der Gruppenfreistellungsverordnungen zueinander	86
I.	Der bisherige Streitstand.	86
II.	Inhaltliche Voraussetzungen für die gleichzeitige Anwendbarkeit mehrerer Gruppenfreistellungsverordnungen	88
B.	Die Beziehungen der Gruppenfreistellungsverordnungen zueinander.	91
I.	Ratsunmittelbare Gruppenfreistellungsverordnungen und Ermächtigungsverordnungen	92
II.	Zum Verhältnis der von der Kommission erlassenen Gruppenfreistellungsverordnungen zueinander.	96
§4	Das Verhältnis der Gruppenfreistellungsverordnungen zu Art. 102 AEUV und zur EU-Fusionskontrolle	113
A.	Das Verhältnis der Gruppenfreistellungsverordnungen zu Art. 102 AEUV	114
I.	Grundsätzliches zum Verhältnis dieser Normen zueinander.	114
II.	Zu den bisher erörterten Konstellationen.	121
B.	Das Verhältnis der Gruppenfreistellungsverordnungen zur EU-Fusionskontrolle	127
I.	Die Fusionskontrolle nach den Art. 101 und 102 AEUV.	128
II.	Die Fusionskontrolle nach der FKVO	129
§5	Das Verhältnis der EU-Gruppenfreistellungsverordnungen zum nationalen Kartellrecht	137
A.	Einleitung	137
B.	Abgrenzung zwischen nationalem und Europäischem Kartellrecht	138
I.	Allgemeines.	138
II.	Die Zwischenstaatlichkeitsklausel	139
III.	Vorrang des Unionsrechts.	144
IV.	Bedeutung des Vorrangs	145
C.	Abgrenzung zwischen Gruppenfreistellungsverordnungen der Kommission und nationalem Kartellrecht.	148
I.	Unmittelbare Anwendbarkeit	148
II.	Die Reichweite des Vorrangs	149
III.	Der Entzug des Rechtsvorteils	149
D.	Gruppenfreistellungsverordnungen im deutschem Kartellrecht.	149
E.	Freistellungsverordnungen nach österreichischem Recht	151
§6	Das Verhältnis der Kommission zu den nationalen Kartellbehörden	153
A.	Einleitung	153
B.	Entscheidungsbefugnisse nationaler Kartellbehörden	153

C.	Zuständigkeit der Gerichte der Mitgliedstaaten	156
D.	Entzugsverfahren durch Kommission und nationale Behörden	157
I.	Allgemeines	157
II.	Besondere Anforderungen an die Zuständigkeit nationaler Wettbewerbsbehörden	158
E.	Rechtsfolgen und Rechtsschutz	159
I.	Entscheidungen der Kommission	159
II.	Entscheidungen der nationalen Behörden	159
F.	Kollisionsfragen	161
2. Teil.	Die einzelnen Gruppenfreistellungsverordnungen	163
§ 7	Vertikale Vereinbarungen (Verordnung (EU) Nr. 330/2010)	163
A.	Einleitung: Wirkung vertikaler Beschränkungen	170
I.	Negative Wirkungen vertikaler Beschränkungen	171
II.	Positive Wirkungen vertikaler Beschränkungen	172
III.	Beurteilung vertikaler Beschränkungen	174
B.	Entstehungsgeschichte der neuen GVO	176
C.	Anwendungsbereich der neuen GVO	176
I.	Vertikale Vereinbarungen	176
II.	Vereinbarungen mit Handelsvertretern/Kommissionären	179
III.	Unternehmensvereinigungen/Verbundgruppen	183
IV.	Vereinbarungen über geistige Eigentumsrechte	184
V.	Vereinbarungen zwischen Wettbewerbern	188
VI.	Abgrenzung/Nicht freigestellte Vereinbarungen	189
D.	Marktanteil	190
I.	Freistellungsvoraussetzung	191
II.	Bestimmung des relevanten Marktes	192
III.	Berechnung des Marktanteils	194
IV.	Verhältnis zur Bagatellbekanntmachung	195
E.	Kernbeschränkungen	197
I.	Preisbindung	199
II.	Gebiets-/Kundenschutz	201
III.	Selektivvertrieb	204
IV.	Franchisingvereinbarungen	209
V.	Verkaufsbeschränkungen für Lieferanten	211
F.	Wettbewerbsverbote/Bezugspflichten	212
I.	„Alles-oder-Nichts“-Prinzip	212
II.	Wettbewerbsverbote während aufrechter Vertragsdauer	213
III.	Nachvertragliche Wettbewerbsverbote	214
G.	Beurteilung von nicht nach der GVO freigestellten Vereinbarungen	215
I.	Allgemeines	215
II.	Marktstellung	216
III.	Marktstellung der Abnehmer	216
IV.	Marktzutrittsschranken	217

V.	Marktreife	217
VI.	Handelsstufe	217
VII.	Beschaffenheit des Produktes	218
VIII.	Sonstige Faktoren	218
H.	Beurteilung bestimmter vertikaler Beschränkungen	218
I.	Markenzwang (Alleinbezug)	218
II.	Alleinvertrieb	221
III.	Alleinbelieferung	223
IV.	Selektiver Vertrieb	224
V.	Kundenbeschränkung	226
VI.	Produktmanagement-Vereinbarungen	227
VII.	Kopplungsbindung	228
VIII.	Beschränkungen für den Weiterverkaufspreis	229
I.	Verfahrensrecht	230
I.	Einzelentzug durch Kommission	230
II.	Entzug durch nationale Behörde	230
III.	Suspensionsverordnung	231
J.	Inkrafttreten und Dauer	232
§ 8	Selektiver Vertrieb (Verordnung (EU) Nr. 330/2010)	233
A.	Allgemeines	235
I.	Beurteilungsrahmen	235
II.	Begriff	236
III.	Praktische Bedeutung	237
IV.	Wettbewerbsbeschränkende Wirkungen	238
B.	Beurteilung nach Art. 101 Abs. 1 AEUV	239
I.	Offenes selektives Vertriebssystem	239
II.	Die einfache Fachhandelsbindung	240
III.	Produkteigenschaften	241
IV.	Selektionskriterien	242
V.	Inhaltsbindungen hinsichtlich des Zweitvertrages	245
VI.	Vertriebsbindungen	246
C.	Vertikal-GVO	248
I.	Anwendung auf selektive Vertriebssysteme	248
II.	Beschränkung des Verkaufs an Endverbraucher und zugelassene Händler	248
III.	Kernbeschränkungen	252
IV.	Nicht freigestellte Vertragsbestandteile	257
V.	Entzug der Gruppenfreistellung für selektive Vertriebssysteme	260
VI.	Vorrang der Vertikal-GVO vor nationalem Kartellrecht	263
VII.	Kein Erfordernis der Lückenlosigkeit	265
VIII.	Kontrollmaßnahmen	265
§ 9	Spezialisierungsvereinbarungen (Verordnung (EU) Nr. 1218/2010)	267
A.	Bisherige Gruppenfreistellungsverordnungen	268
B.	Wesentliche Änderungen	269
C.	Verstoß gegen Art. 101 Abs. 1 AEUV	272

I.	Die horizontalen Leitlinien.....	272
II.	Voraussetzungen des Art. 101 Abs. 1 AEUV	277
D.	Anwendungsbereich der Spezialisierungs-GVO	284
I.	Einseitige Spezialisierung	286
II.	Gegenseitige Spezialisierung	289
III.	Gemeinsame Produktion.....	290
IV.	Nebenbestimmungen	293
E.	Abgrenzung zu anderen Verordnungen	295
F.	Bezugs- und Absatzabsprache.....	296
I.	Ausschließliche Liefer- und Bezugsverpflichtungen	297
II.	Gemeinsamer Vertrieb	297
G.	Freistellungsvoraussetzungen nach der Spezialisierungs-GVO	298
I.	Marktanteilsschwelle.....	299
II.	Kernbeschränkungen	303
H.	Entzug der Freistellung.....	308
I.	Einzelfreistellung gemäß Art. 101 Abs. 3 AEUV.....	308
I.	Voraussetzungen	309
II.	Verfahren.....	311
J.	Übergangsfristen	312
§ 10	Forschung und Entwicklung (Verordnung (EU) Nr. 1217/2010)	313
A.	Einleitung	314
B.	Kartellrechtliche Beurteilungskriterien von FuE Vereinbarungen.....	315
C.	Verhältnis zu anderen Gruppenfreistellungsverordnungen.....	316
I.	TT-GVO (VO Nr. (EG) 772/2004).....	316
II.	Spezialisierungs-GVO (VO Nr. (EG) 1218/2010)	317
III.	Vertikal-GVO (VO Nr. (EU) 330/2010).....	317
D.	Die Regelungen der FuE-GVO	318
I.	Grundlagen	318
II.	Freigestellte Vereinbarungen	323
III.	Freistellungsvoraussetzungen	325
IV.	Freistellungsdauer und Marktanteilsschwellen	328
V.	Beschränkungen außerhalb des Anwendungsbereichs der FuE-GVO	330
VI.	Geltungsdauer und Übergangszeitraum	333
§ 11	Vereinbarungen, Beschlüsse und abgestimmte Verhaltensweisen im Versicherungssektor (Verordnung (EG) Nr. 1534/1991 und Verordnung (EU) Nr. 267/2010).....	335
A.	Grundlagen	337
I.	Entwicklung der Rechtslage.....	337
II.	Die VO (EU) Nr. 267/2010 im Überblick.....	348
B.	Freistellungstatbestände	351
I.	Allgemeine Anwendungsvoraussetzungen.....	351
II.	Gemeinsame Erhebungen, Tabellen und Studien.....	355
III.	Gemeinsame Deckung bestimmter Arten von Risiken	363

§ 12 Technologietransfer (Verordnung (EG) Nr. 772/2004)	372
A. Einleitung	374
I. Entstehungsgeschichte der TT-GVO	375
II. Grundzüge der TT-GVO und Leitlinien der Kommission	378
B. Geltungsbereich der TT-GVO	380
I. Sachlicher Geltungsbereich	380
II. Räumlicher Geltungsbereich	386
III. Zeitlicher Geltungsbereich	386
IV. Abgrenzung der TT-GVO von anderen GVOen	387
C. Marktanteilsschwellen (Art. 3 und Art. 8 TT-GVO)	390
I. Vereinbarungen zwischen konkurrierenden und nicht konkurrierenden Unternehmen	391
II. Marktanteilsschwellen und Marktanteilsberechnung	394
D. Kernbeschränkungen (Art. 4 TT-GVO)	396
I. Kernbeschränkungen zwischen konkurrierenden Unternehmen	397
II. Kernbeschränkungen zwischen nicht konkurrierenden Unternehmen	407
III. Entstehen eines Wettbewerbsverhältnisses nach Abschluss der Vereinbarung	409
E. Nicht freigestellte Beschränkungen (Art. 5 TT-GVO)	411
I. Rücklizenzierungsverpflichtungen des Lizenznehmers	411
II. Rückübertragungsverpflichtungen des Lizenznehmers	412
III. Nichtangriffsverpflichtungen	413
IV. Beschränkungen bezüglich eigener Technologie und FuE	414
F. Entzug der Freistellung im Einzelfall und Nichtanwendung der TT-GVO (Art. 6 und 7 TT-GVO)	415
I. Entzug der Freistellung im Einzelfall	415
II. Nichtanwendung der TT-GVO	417
§ 13 Kfz-Vertrieb (Verordnung (EG) Nr. 1400/2002 und Verordnung (EU) Nr. 461/2010)	420
A. Verordnung (EG) Nr. 1400/2002	423
I. Einführung	423
II. Grundprinzipien der Verordnung (EG) Nr. 1400/2002	432
III. Regelungen der Freistellung im Einzelnen	435
IV. Ausblick	447
B. Verordnung (EU) Nr. 461/2010	449
I. Einführung	449
II. Ziele der Verordnung (EU) Nr. 461/2010	449
III. Regelungen der neuen Freistellung im Einzelnen	450
IV. Ausblick	459
3. Teil. Sonstige kartellrechtliche Regelungen	463
§ 14 Franchise-Vereinbarungen (Verordnung (EWG) Nr. 4087/88)	463
A. Entstehungsgeschichte der EU-Gruppenfreistellungsverordnung für Franchise-Vereinbarungen	466

I.	Rechtslage vor der Pronuptia-Entscheidung des EuGH	467
II.	EU-Gruppenfreistellungsverordnung für Franchise-Vereinbarungen	472
B.	EU-Gruppenfreistellungsverordnung für Franchise-Vereinbarungen .	478
I.	Regelungen der EU-Gruppenfreistellungsverordnung für Franchise-Vereinbarungen	478
II.	Inkrafttreten und zeitliche Geltung der Verordnung (Art. 9 Franchise-GVO).	528
C.	Bedeutung der Franchise-GVO	528
§ 15	Leitlinien über horizontale Zusammenarbeit	530
A.	Einleitung	532
B.	Horizontale Vereinbarungen	533
I.	Horizontale Zusammenarbeit.	534
II.	Der Unternehmensbegriff der Horizontalleitlinien.	534
III.	Mittel der Wettbewerbsbeschränkung und horizontale Kooperation	536
IV.	Beschlüsse als Mittel unzulässiger horizontaler Absprachen	537
V.	Abgestimmte Verhaltensweisen und Horizontalleitlinien	538
VI.	Wettbewerbsbeschränkung und Horizontalleitlinien	539
VII.	Bezwecken oder Bewirken als Zweck wettbewerbswidriger horizontaler Absprachen	541
VIII.	Beeinträchtigung des zwischenstaatlichen Handels	542
IX.	Spürbarkeit der Wettbewerbsbeschränkung	543
X.	Beispiele von Kooperationen.	544
C.	More economic approach und Horizontalleitlinien.	545
D.	Horizontale Vereinbarungen und Ausnahmen vom Kartellverbot.	546
I.	Legalausnahmen durch Gruppenfreistellungsverordnungen.	546
II.	Legalausnahme im Einzelfall	546
E.	Horizontalleitlinie und praktische Umsetzung	547
I.	Analytischer Rahmen für horizontale Vereinbarungen	547
II.	Aufbau der Horizontalleitlinie	548
III.	Allgemeine Grundsätze	549
IV.	Kartellrechtliche Würdigung nach Art. 101 Abs. 3 AEUV	551
F.	Fallgruppen der Horizontalleitlinien.	552
I.	Vereinbarungen über Forschung und Entwicklung (Tz. 111 ff. Horizontalleitlinien)	552
II.	Vereinbarungen über die gemeinsame Produktion (Tz. 150 ff. Horizontalleitlinien)	554
III.	Einkaufvereinbarungen (Tz. 194 ff. Horizontalleitlinien)	556
IV.	Vermarktungsvereinbarungen (Tz. 225 ff. Horizontalleitlinien).	558
V.	Vereinbarungen über Normen (Tz. 257 ff. Horizontalleitlinien).	560
G.	Zusammenfassende Betrachtung	563

4. Teil. Bekanntmachungen	565
§ 16 Bagatellbekanntmachung	565
A. Einleitung	565
B. Anwendungsbereich der Bagatellbekanntmachung	567
I. Quantifizierung der Spürbarkeit	568
II. Marktanteilsschwellen	568
III. Keine Kernbeschränkungen	571
C. Rechtsfolgen	572
I. Selbstbindung der Kommission	572
II. Bindung der nationalen Gerichte und Wettbewerbsbehörden durch die Bagatellbekanntmachung	573
§ 17 Bekanntmachung über die Definition des relevanten Marktes	575
A. Einleitung	575
B. Grundsätze und Bedeutung	576
I. Flexibilität der Beurteilung	576
II. Wettbewerbskräfte	577
C. Sachliche Kriterien und Vorgehensweise der Kommission	580
I. Sachlich relevanter Markt	580
II. Räumlich relevanter Markt	583
D. Marktanteile	584
§ 18 Bußgeldleitlinien	585
A. Allgemeines	585
B. Bußgeldleitlinien 1998	586
C. Bußgeldleitlinien 2006	586
I. Allgemeines	586
II. Methode der Festsetzung des Bußgeldes	587
§ 19 Zulieferbekanntmachung	590
A. Allgemeines	590
B. Voraussetzungen der Tatbestandsausnahme	591
C. Zulässige Vertragsklauseln	592
5. Teil. Verfahrensrecht	595
§ 20 Die Verordnung (EG) Nr. 1/2003	595
A. Reform der Verfahrensordnung	595
B. Eckpunkte der VO 1/2003	596
I. Unmittelbare Anwendbarkeit von Art. 101 Abs. 3 AEUV	596
II. Vorrang von Art. 101 AEUV	597
III. Zuständigkeit und Netzwerk	598
C. Weitere Regelungen	601
I. Ermittlungskompetenzen	601
II. Sanktionsmöglichkeiten	602

beck-shop.de

1-2 Inhaltsverzeichnis

Anhang 1. Entscheidungsregister.....	603
Anhang 2. Glossar	619
Anhang 3. Wichtige Internet-Adressen.....	621
Sachverzeichnis	623